Beschluss
des Landesvorstandes
der FDP Baden-Württemberg
am 30. Januar 2010
in Stuttgart

Wirtschafts- und Verkehrspolitik aus einer Hand

Wirtschaft und Verkehr bilden eine systemische Einheit, daher streben wir spätestens nach den Landtagwahlen 2011 eine Integration des Politikbereichs Verkehr in das Wirtschaftsministerium an. Sollte sich bereits vorher die Gelegenheit zu einer Veränderung der ministeriellen Zuständigkeiten ergeben, wird die Landtagsfraktion aufgefordert, sich für diese Änderung einzusetzen.

Die im April 2005 erfolgte Eingliederung des Verkehrsministeriums in das Innenministerium ist sachfremd. Die Forderung nach einer Zusammenlegung der Bereiche Wirtschaft und Verkehr wurde durch die FDP daher bereits 2006 im Landtagswahlprogramm erhoben und hat nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Die zahlreichen Ministerien dieses Zuschnitts in anderen Flächenländern (z. B. Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein) zeigen, dass Verkehrs- und Wirtschaftspolitik eng miteinander verwoben sind und ein einem Haus gebündelt werden müssen. Dadurch können Doppelstrukturen vermieden bzw. aufgelöst und die Effizienz gesteigert werden.

Durch die Wahlerfolge bei den vergangenen Landtagswahlen stellt die FDP bereits in Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen Wirtschafts- und Verkehrsminister, die in ihren Ländern erfolgreiche Arbeit leisten. Baden-Württemberg sollte bei dieser Entwicklung nicht hintanstehen.